

## NDB-Affäre: Bund spricht von «Spionageabwehr»

**Nachrichtendienst** Die Spionageaffäre hat im Parlament Fragen ausgelöst. Einige hat der Bundesrat nun beantwortet. Er spricht dabei von «Spionageabwehr» und bezeichnet diese Art der Informationsbeschaffung als «üblich». Die deutsche Bundesanwaltschaft teilte am Mittwoch mit, dass sie gegen einen Schweizer Anklage erhoben habe wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit. Er soll die nordrhein-westfälische Finanzbehörde ausspioniert haben, die CDs mit Daten mutmasslicher deutscher Steuerhinterzieher gekauft hatte.

Der Bundesrat schreibt in seiner gestern veröffentlichten Antwort auf einen Vorstoss von SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher (TG), die Tätigkeiten des Nachrichtendienstes «in diesem Fall von Spionageabwehr» hätten im Jahr 2011 begonnen und im Jahr 2014 geendet. Auf die Frage, wer die politische Verantwortung für den Auftrag des Nachrichtendienstes trage, die Steuerbehörden eines befreundeten Nachbarlandes auszuspionieren, schreibt der Bundesrat: «Das Einholen von Informationen dieser Art ist bei einer strafrechtlichen Untersuchung üblich, umso mehr wenn die internationale polizeiliche Zusammenarbeit und Rechtshilfe nicht möglich ist.»

### Hiltbold rückt für Eichenberger nach

Dennoch bleiben rund um diesen Spionagefall einige Fragen offen. Die Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) hat deshalb bereits im Frühling beschlossen, die Affäre im Rahmen einer Inspektion zu untersuchen. Diese soll unter anderem klären, welche Rolle Bundesrat Ueli Maurer im Zusammenhang mit dem Einsatz einnahm. Weil sich die ehemalige GPDel-Vizepräsidentin Corina Eichenberger (FDP/AG) den Medien gegenüber vorschnell zum Fall geäussert hatte, beschloss sie, per Ende Juni aus der GPDel auszutreten. Seither war ein GPDel-Sitz vakant. Gestern wurde nun bekannt, dass voraussichtlich der Genfer FDP-Nationalrat Hugues Hiltbold anstelle von Eichenberger dem Gremium beitreten wird. (sda)

# Berset verärgert seine Gegner

**Rentenreform** Zu viele Veranstaltungsauftritte, Missbrauch von Beamten und tendenziöse Aussagen: Vertreter von SVP und FDP üben harte Kritik am Abstimmungskampf von Bundesrat Alain Berset.

Roger Braun

Gestern in Solothurn, heute in Basel, am nächsten Montag in Pruntrut: Alain Berset kämpft derzeit im ganzen Land für die Rentenreform, die am 24. September zur Abstimmung kommt. Wobei: Kämpfen tut er in offizieller Sprache nicht, er «informiert» lediglich. Denn laut Gesetz hat sich der Bundesrat mit Propaganda zurückhalten, er soll nicht eigentliche Partei sein im Abstimmungskampf. Demnach muss der Bundesrat «die Grundsätze der Vollständigkeit, der Sachlichkeit, der Transparenz und der Verhältnismässigkeit» beachten, wie es im Gesetz heisst.

Gegner der Rentenreform sehen bei Berset längst eine Grenze überschritten. Für SVP-Nationalrat Thomas Aeschi (ZG) sind die genannten Grundsätze «massiv verletzt». «Der Innenminister informiert nicht nur einseitig, sondern betreibt auch einen Aufwand, der für einen Bundesrat komplett unangemessen ist», sagt er.

### Auch die Chefbeamten sind unterwegs

Für Peter Lauener, Sprecher des Innendepartements, kommt Berset lediglich seiner Informationspflicht nach. Zwölf Auftritte zur Abstimmungsvorlage seien bis jetzt geplant, weitere kämen dazu, sagt er. Er erachtet diesen Einsatz als angemessen. «Denn die Abstimmung ist wichtig und der Inhalt anspruchsvoll.»

Anders sieht das Aeschi. «Das übersteigt die Informationspflicht bei weitem», kritisiert der Nationalrat. Besonders ärgert ihn, dass es Berset nicht bei seinem Engagement belässt. Seine Chefbeamten absolvieren weitere rund 25 Auftritte in der ganzen Schweiz. Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) relativiert, dass sich die Referate selten an die allgemeine Öffentlichkeit richten, sondern «an ein Fachpublikum, das sich ganz spezifisch für die Altersvorsorge interessiert». Einige Auftritte haben allerdings stark politischen



Alain Berset mischt sich im Abstimmungskampf unter die Bevölkerung.

Bild: Nadia Schärli (Stans, 12. August 2017)

Charakter, beispielsweise bei den Delegierten des Frauendachverbands Alliance F oder dem Gewerkschaftsdachverband Travail Suisse, den CVP Frauen oder bei Ortsparteien.

**Kritik an Betsers Aktivitäten übt auch FDP-Ständerat Damian Müller (LU).** «Was Bundesrat Berset tut, hat nichts mit ausgewogener Informationstätigkeit zu tun», sagt er. Berset kommuniziere einseitig und erwecke zu Unrecht den Eindruck, dass es keine Alternative zur vorliegenden Reform gebe. «Weil es für ihn eine Schicksalabstimmung ist, kämpft Berset mit allen verfügbaren Mitteln für ein Ja», sagt Müller.

Es ist nicht das erste Mal, dass Kritik an der Informationspflicht rund um die Rentenreform aufkommt. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hatte

lange Zeit nur Planrechnungen bis ins 2035 vorgelegt – ganz bewusst, monieren Kritiker. Denn die negativen Folgen der Rentenerhöhung um 70 Franken ma-

**«Was Bundesrat Berset tut, hat nichts mit ausgewogener Informationstätigkeit zu tun.»**

**Damian Müller**  
Ständerat (FDP/LU)

chen sich erst in späteren Jahren bemerkbar. Erst nachdem Politiker von rechts intervenierten, lieferte das Bundesamt die Zahlen – und es zeigten sich die markanten Mehrkosten.

### Zusätzliche Informationsbroschüre

«Wichtige Informationen werden von der Verwaltung bewusst verschwiegen», sagt Müller. So fehle auch im Abstimmungsbüchlein der Hinweis, dass die AHV nur vorübergehend in die schwarzen Zahlen geführt werde, dann aber hohe Mehrkosten auf das Sozialwerk zukämen. Lauener sagt, die Reform sichere die Altersvorsorge bis 2030. Mit diesem Horizont seien die Arbeiten von Beginn an erfolgt. Prognosen in die weite Zukunft seien zudem immer mit Unsicherheiten behaftet.

Zu reden gibt unter den Gegnern auch eine gedruckte Broschüre des BSV zur Rentenreform. Damit kämen die Behörden dem überdurchschnittlich grossen Informationsbedürfnis nach, schreibt das Bundesamt dazu.

«Der Informationsbedarf ist immer gross in der Politik», entgegnet Müller. Doch weder bei der wichtigen Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform noch bei der Masseneinwanderungs-Initiative habe es dies gegeben. «Dass der Steuerzahler für eine solch tendenziöse Publikation aufkommen muss, ist äusserst fragwürdig», sagt Müller. Das BSV relativiert. Die Broschüre sei nur in kleiner Anzahl gedruckt worden, zudem geschehe dies nicht zum ersten Mal. Im Übrigen beschreibe die Broschüre die Reform «sachlich, neutral und verständlich».

## Auslandschweizer nehmen Banken in die Pflicht

**Kontoeröffnung** Auslandschweizer verlangen von hiesigen Banken, gleich behandelt zu werden wie inländische Kunden. Sie wollen daher den Druck auf die Kantonalbanken erhöhen.

«Wir müssen den Banken bringen, dass die rund 775 000 Auslandschweizer ein Teil der Schweiz sind», sagte Remo Gysin, Präsident der Auslandschweizer-Organisation (ASO), gestern vor den Medien in Basel. Eine Bankbeziehung aufrechtzuerhalten oder bei Schweizer Banken ein Konto zu eröffnen, gestaltet sich seit 2008 für im Ausland lebende Schweizer Bürger zunehmend schwieriger. Dies beeinträchtigt die Mobilität.

Konkret kritisiert die ASO, dass nicht alle Schweizer Banken Auslandschweizer als Kunden akzeptieren oder diesen nicht alle Dienstleistungen anbieten würden. Zudem seien teilweise Gebühren unverhältnismässig hoch, oder hohe Mindesteinlagen wür-

den verlangt. Bankbeziehungen in der Schweiz sind gemäss ASO für Auslandschweizer nötig, um etwa Krankenversicherungen abzuschliessen, Ausgaben während eines Aufenthaltes in der Heimat zu bezahlen oder Transaktionen rund um Immobilieneigentum in der Schweiz zu tätigen. Das Thema Banken stehe bei der ASO daher schon seit neun Jahren im Mittelpunkt. Zwar habe es seither durch Dutzende Gespräche punktuelle Verbesserungen gegeben, dies genüge aber nicht. Oft würde den Banken das «Unrechtsbewusstsein fehlen» für die Ungleichbehandlung. Bundesrat und Aufsichtsbehörde würden zudem «untätig» zuschauen, sagten die ASO-Verantwortlichen mit Verweis auf bishe-

rige gescheiterte Bemühungen und Vorstösse auf Bundesebene.

### Bankiervereinigung reagiert mit Kritik

Als konkreten neuen Schritt kündigte Gysin an, den Druck auf die Kantonalbanken erhöhen zu wollen, und zwar über die Eigner, also Kantonsregierungen und kantonale Parlamente. Die Banken in öffentlicher Hand hätten eine besondere Verantwortung gegenüber Schweizer Bürgern. Ebenso soll der Druck auf die sogenannten systemrelevanten Banken aufrechterhalten bleiben. Teils bereits hängige Vorstösse auf Bundesebene wollen diese etwa verpflichten, Auslandschweizer als Kunden zu akzeptieren – dies als Gegenleistung

dafür, dass diese Institute bei finanziellen Schwierigkeiten oder Konkurs in den Genuss einer impliziten Garantie des Bundes kommen. Just gestern sprach sich der Bundesrat in der Antwort auf eine Motion aber gegen eine solche Pflicht aus. Den Dialog suchen will die ASO im Weiteren mit Privatbanken, wie Verantwortliche im Vorfeld des 95. Auslandschweizer-Kongresses ausführten. Mit diesen Schwerpunkten soll der «Diskriminierung der Landsleute im Ausland» ein Ende gesetzt werden.

In einer Stellungnahme äussert die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) Verständnis für die Situation der Auslandschweizer. Diese würden von den Banken nicht anders behandelt

als ausländische Kunden in den jeweiligen Ländern, sagte eine Sprecherin. Bei den Bankbeziehungen werde auf das Domizil und nicht auf die Nationalität abgestellt. Die Forderung der ASO, Schweizer Bürger gegenüber anderen Kunden im selben Land zu bevorzugen, sei nicht akzeptabel. Die SBVg erachte einen solchen Zwang als unangemessenen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Die Banken würden gemäss der Sprecherin dadurch letztlich gezwungen, sich Rechtsrisiken auszusetzen. Die Vereinigung sei indes zum Dialog bereit. Die Sprecherin verwies darauf, dass es unter den 261 Banken in der Schweiz viele Institute gebe, die auch für Auslandschweizer passende Angebote hätten. (sda)

### «La Quotidiana» vorerst gerettet

**Medien** Die in finanziellen Schwierigkeiten steckende rätoromanische Tageszeitung «La Quotidiana» erscheint definitiv auch 2018. Vier Partner haben 200 000 Franken zusammengebracht, um der einzigen Tageszeitung der vierten Landessprache das Überleben für ein Zwischenjahr zu sichern. Neben dem Dachverband der rätoromanischen Sprachverbände, der Lia Rumantscha, beteiligen sich zu gleichen Teilen der Bund, der Kanton Graubünden und die rätoromanische Nachrichtenagentur ANR an der Finanzspritze. Das gab Lia-Rumantscha-Präsident Johannes Flury gestern in Chur bekannt. In Frage gestellt ist die Herausgabe des Blattes seit letztem März. Damals kündigte das Churer Medienhaus Somedia an, das Defizit der Zeitungsproduktion nur noch bis Ende 2017 zu übernehmen. (sda)